



Brüssel, den 2. März 2018
(OR. en)

6604/18

COMPET 114
IND 60
MI 112

VERMERK

Absender: Vorsitz

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: *Vorbereitung der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit)
am 12. März 2018*

Schlussfolgerungen zur Strategie für die Industriepolitik der EU in den
Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Innovation

– *Gedankenaustausch*

Die Delegationen erhalten im Hinblick auf den Gedankenaustausch auf der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am 12. März 2018 beiliegend einen Vermerk des Vorsitzes zur Strategie für die Industriepolitik der EU in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Innovation.

**Gedankenaustausch zur Strategie für die Industriepolitik der EU
in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Innovation**

Vermerk des Vorsitzes

Angesichts der strategischen Bedeutung, die der Industrie für die allgemeine Entwicklung der EU-Wirtschaft anerkanntermaßen zukommt, bedarf es einer umfassenden und langfristigen Strategie für die Industriepolitik der EU und der Rat hat dieses Thema in den Mittelpunkt seiner Arbeiten und Beratungen gestellt. Der Rat plant die Annahme von Schlussfolgerungen zur Strategie für die Industriepolitik der EU in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Innovation. Sie wären die dritten Schlussfolgerungen zur Industriepolitik in drei aufeinanderfolgenden Ratsvorsitzen, was ein Zeichen für die Bedeutung ist, die diesem Thema beigemessen wird.

Als die Kommission im September 2017 eine Mitteilung mit dem Titel "Eine neue Strategie für die Industriepolitik der EU" annahm, wurde dies als ein wichtiges Signal und ein nützlicher erster Schritt auf dem Weg zur Entwicklung einer zukunftsorientierten Strategie für die Industriepolitik der EU begrüßt. Es wurde jedoch auch darauf hingewiesen, dass die strategische und langfristige Komponente der gegenwärtigen Politik unzureichend ist, insbesondere angesichts des Drucks und der Herausforderungen, die für die Industrie der EU sowohl intern als extern bestehen. So muss die EU-Industrie einerseits die politischen Konzepte und Anforderungen im Zusammenhang mit einem Übergang zu sicheren und nachhaltigen Technologien, emissionsarmer Wirtschaft und Kreislaufwirtschaft und allgemein der Bekämpfung des Klimawandels umsetzen und einen diesbezüglichen Beitrag leisten. Sie muss darüber hinaus aber auch investieren und sich an die sich schnell ändernden Technologien anpassen, was unablässige Veränderungen und Innovationen erfordert, damit die Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt. Und all diese Herausforderungen stehen im Kontext einer sich wandelnden Weltwirtschaft, in der unsere wichtigsten Handelspartner und Konkurrenten bereits ihre eigenen umfassenden und langfristigen Strategien für die Entwicklung ihrer Industrie umsetzen.

In einem solchen Umfeld besteht dringender Bedarf an politischen Konzepten, die die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen fördern und ihre Integration in die globalen Wertschöpfungsketten erleichtern. Mehr noch besteht Bedarf an langfristiger Vorhersehbarkeit und Engagement auf politischer Ebene, um langfristige Investitionen in neue Technologien, Verfahren und Marktprodukte zu stimulieren.

Es ist deutlich, dass angesichts der Komplexität einer solchen umfassenden und langfristigen Strategie für die Industriepolitik der EU, die diese Anforderungen erfüllt, vorbereitende Arbeiten und Maßnahmen in beträchtlichem Umfang dringend erforderlich sind. Käme es bei dieser Strategie zu Verzögerungen, so würde dies einen enormen strategischen Nachteil für die EU-Industrie bedeuten. Deshalb muss durch die vorbereitenden Arbeiten sichergestellt werden, dass die umfassende und langfristige Strategie spätestens mit dem Beginn des nächsten institutionellen Zyklus der EU eingeführt ist.

Die EU-Organe, die sich der Vorgabe des Europäischen Rates, bis zum Jahresende die verschiedenen Binnenmarktstrategien zu vollenden, verpflichtet fühlen, sollten daher die vorbereitenden Arbeiten für die künftige umfassende und langfristige Strategie für die Industriepolitik der EU weder vernachlässigen noch hinauszögern, während sie intensiv daran arbeiten, die gegenwärtigen Vorschläge für politische Maßnahmen abzuschließen, und den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen ausarbeiten.

Auf Ratsseite haben die für Wettbewerbsfähigkeit zuständigen Ministerinnen und Minister sich auf ihrer informellen Tagung am 1. Februar 2018 in Sofia mit der Zukunft der europäischen Industriepolitik befasst und sind in ihrem Beitrag auf neue Trends für die industrielle Entwicklung, Wertschöpfungsketten und die Entwicklung von Wettbewerbsvorteilen für die europäische Wirtschaft sowie auf die Herausforderungen für die strategische Grundindustrie und energieintensive Industriezweige und ihre Rolle eingegangen. Die Diskussionen zeigten erneut, dass weitere Maßnahmen dringend erforderlich sind. Danach wurde die Arbeit auf Ebene der Ratsarbeitsgruppen (Hochrangige Gruppe "Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum" und Gruppe "Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum") mit Beratungen über Innovation und Wachstum, KMU-Politik und die künftige Strategie für die Industriepolitik der EU fortgeführt. Der vorgeschlagene Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates soll im Hinblick auf die politischen Bereiche und Fragen, die unter die künftige Strategie fallen sollen, eine deutliche Orientierung bieten. Angesichts der Art und der Besonderheiten von Schlussfolgerungen des Rates als politischem Instrument wird ein Gedankenaustausch der Mitgliedstaaten jedoch zusätzliche Impulse für eine Strategie für die Industrie geben und die Forderung nach einer zügigen Vorbereitung mit weiteren Einzelheiten untermauern.

Im Zusammenhang mit den Diskussionen über die langfristige Strategie für die Industriepolitik der EU möchten wir Sie bitten, sich bei Ihren Beiträgen auf folgende Fragen zu konzentrieren:

1. Welches sollten die nächsten Schritte bei der Vorbereitung der künftigen umfassenden und langfristigen Strategie für die Industriepolitik der EU sein?
2. Welche neuen industriepolitischen Elemente sollten über die Umsetzung der gegenwärtigen politischen Maßnahmen und der derzeit zur Annahme vorliegenden Maßnahmen hinaus ausgearbeitet werden?